

Statements

West-Ost

„Sachzwänge“ und weisse Westen – im Westen

Wir im Westen stehen mit Zivilcourage alle zu unserer Meinung, vertreten sie öffentlich und gegenüber KollegInnen. Nehmen mutig das Risiko auf uns, nicht im Trend zu liegen, vielleicht die Arbeit oder Aufstiegschancen aufs Spiel zu setzen. Unerschrocken, geradezu waghalsig – keineswegs wendehalsig – bestehen wir auf Positionen.

Opportunisten sind nur die Anderen. Wir machen keine Kompromisse, die vielleicht lebensnotwendig sind.

Nur bei denen im Osten klaffte Ideologie und Wirklichkeit weit auseinander, nicht bei uns im Westen. Wir machen uns da nichts vor. Oder müssen wir uns nicht doch täglich etwas vormachen? Das Unterwerfen unter die jeweils neueste Realität, wie sie von Politikern, Medien, Wirtschaftlern für uns gemacht wird, sei unsere westliche Freiheit, eben unsere Demokratie?

Was ich damit sagen will?

Jeder stand und steht mehr oder weniger unter Sachzwängen – echten oder vermeintlichen – im Osten genauso wie im Westen. Wir spüren sie doch täglich. Im Osten gab es keine „Sachzwänge“, das waren Opportunisten, heisst es. Wann wird das Unterwerfen unter das, was wir wertfrei „Sachzwänge“ nennen, opportunistisch? Warum dann, plötzlich gar nicht mehr wertfrei, den anderen Opportunismus vorwerfen? Opportunismus in einem System, das anerkanntermassen weniger Entscheidungsfreiheit zulies.

Früher grenzten wir uns von unseren östlichen KollegInnen ab. Heute machen wir – unter neuen Vorzeichen – genau so weiter, meinend, in moralisch überlegener Position zu sein – und profitieren davon.

Die Mauer aus Beton ist gefallen, die Mauer im Kopf ist geblieben – bei uns. Die Grenze ist gefallen, die Abgrenzungen sind geblieben – bei uns.

Wenn uns später einmal unser „Mitmachen“ zur Last gelegt wird – vielleicht von unseren Kindern – unser Mitmachen beim Konsumieren, Mitmachen im Ver-Brauchen ihrer Lebenschancen (Vernichten von Wasser, Luft und Erde durch „freiheitliches“ Ver-Nutzen), dann lehnen wir dies als allzu einseitige moralische Verurteilung ab. Wir wollten doch etwas vom Leben haben, leben – im Rahmen unseres Systems, wie sonst?

„Ein Blick zurück nach vorn“ wäre also ehrlicher, wenn auch mühsamer. In der ehemaligen DDR waren immerhin z.B. 20% der Professorenstellen mit Frauen besetzt, wurden unter mühseligsten Bedingungen unersetzliche kulturelle Einrichtungen, wie die Akademie der Künste, wieder aufgebaut – und jetzt vom Westen „abgewickelt“. Ohne Sachzwänge – aber mit vermeintlich weisser Weste.

Dr. Hanna Gagel

Zürich im November 1992

Blick aus dem Ausland auf Deutschland

Wiedervereinigung? Nein: Annexion. Im Namen der Demokratie wird das vollzogen, was man der DDR vorgeworfen hat (und diese durchaus auch selbst praktiziert hat): Eliminierung der Intelligenz, die nicht auf die jeweils eigene Ideologie eingeschworen ist. Daß auf diese Weise KollegInnen auf die Straße gesetzt werden, die unter schwierigsten Bedingungen gearbeitet haben im vollen Bewußtsein, in einem totalitären Land zu leben, dessen System mit der ursprünglichen marxistischen Idee nichts mehr gemein hatte, sich aber dennoch als antikapitalistisch verstanden und an der Veränderungsmöglichkeit dieser DDR festhielten, daß es also vor allem auch diese und weniger die Opportunisten trifft, wen kümmerts?

Die totale Kriminalisierung der DDR führt zur Verdrängung. Wissen wir nicht mittlerweile, daß Verdrängung von Geschichte die furchtbarsten Folgen hat? Angesagt ist Auseinandersetzung, und dies in mehrfacher Hinsicht: Auseinandersetzung mit den durchaus positiven, weiterführenden Leistungen in der ehemaligen DDR auf kulturel-politischem und (für uns) kunstwissenschaftlichem Gebiet. Auseinandersetzung mit den sehr komplexen Gründen für die katastrophale Entwicklung in der DDR und nicht zuletzt radikale Auseinandersetzung mit uns selbst. Was ich bei mir und anderen (ehemaligen?) Linken beobachte ist Lähmung. Die können wir uns aber nicht leisten angesichts der allgemeinen politischen Situation, wollen wir nicht von unseren Kindern gefragt werden: warum habt ihr euch eigentlich damals nicht gewehrt?

Ich erwarte mir vom UV – so er überhaupt noch eine Berechtigung hat – klare Stellungnahmen, im allgemeinen und im besonderen zu bestimmten betroffenen KollegInnen, für eine bedingungslose Anerkennung von DDR-Studienabschlüssen und Studien, für die Befürwortung bei der Besetzung von Stellen mit KollegInnen aus den neuen Bundesländern und die Bereitschaft einer echten Auseinandersetzung.

Daniela Hammer-Tugendhat

Wien im Dezember 1992

Zweierlei Maß?

Besuche, Gespräche und Kontakte mit Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen aus den jungen Bundesländern vor und nach der Wende zeigen, wie unterschiedlich die Wege sind, die hüben und drüben gegangen wurden.

Der Prozeß des gegenseitigen Kennenlernens und des gegenseitigen Voneinanderlernens ist schwierig und langwierig, daran besteht kein Zweifel.

Leider zeigen einige Frauen aus den alten Bundesländern, darunter auch Feministinnen, in diesem Prozeß unübersehbar Wessi-Allüren (z.B. in Theorie-Debatten). Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, mit zweierlei Maß zu messen. Denn indem sie durch ihr Verhalten zur Entstehung oder Verstärkung von Asymmetrien der Ost-West-Beziehungen beitragen, machen sie sich unglaublich im Kampf gegen die Asymmetrie der Geschlechterbeziehungen.

Angesagt ist aus meiner Sicht stattdessen die Bereitschaft, wirklich beidseitig und vorurteilsfrei voneinander zu lernen – etwa über den Wert von zwischenmenschlicher Kommunikation hier und Leistungen da. Die Chance dazu ist noch nicht vertan.

Renate Petzinger

Museum Wiesbaden im November 1992

Berlin: Unterschiede nicht mehr an der Postadresse zu erkennen...

Im Mai 1992 hat der Senat von Berlin auf Initiative des Kultursenators Ulrich Roloff-Momin ein Künstlerinnenprogramm erlassen. Es versteht sich als Ergänzung zur bereits bestehenden Berliner Künstlerinnen- und Künstlerförderung und folgt der Zielsetzung, spartenübergreifend die spezifische künstlerische Arbeit von Frauen unter besonderen inhaltlichen und ästhetischen Prämissen zu fördern und an die Öffentlichkeit zu tragen. Das Programm berücksichtigt schwerpunktmäßig Arbeiten und Vorhaben, die sich entweder inhaltlich oder methodisch mit Fragen der Geschlechterverhältnisse beschäftigen, experimentelle und interdisziplinäre Arbeiten, sowie künstlerische Beiträge zur Diskussion um neue ästhetische Konzepte und den Stellenwert von Kunst. Einem Beirat von neun Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen und Vermittlerinnen stehen jährlich ca. 1,2 Millionen DM zur Vergabe zur Verfügung.

Die Arbeitsgruppe „Kulturelle Aktivitäten von Frauen“ im Stab des Senators betreut und verwaltet das Künstlerinnenprogramm neben anderen Aufgaben, wie z.B. der Koordination und Beratung im Bereich der Künstlerinnenförderung und der Kulturarbeit von Frauen.

Beim Künstlerinnenprogramm haben sich in den vergangenen zwei Ausschreibungen weniger Künstlerinnen aus der ehemaligen DDR beworben, als wir es uns wünschen. Neben den Vorbehalten gegen das „geschlechtsspezifische“ Anliegen, ist auch eine Abwehr gegen die Formalitäten der Antragstellung sowie die gewünschte Formulierung der ästhetischen Ziele und Zugriffsweisen zu verzeichnen. Die Enttäuschung nach der ersten Absage ist schwerer zu verkraften als bei den Künstlerinnen, die die Bewerbung um Stipendien und Preise schon als Teil ihrer Arbeit „verinnerlicht“ haben. Sie führt schneller in die Resignation. Jede Künstlerin muß für sich allein ihren Weg gehen und trotz sozialer Restriktionen und der allgemeinen Verunsicherung Kunst machen. Der Rückzug in die Ateliers (sofern diese noch existieren) hat schon begonnen.

Die Erfahrungen, die ich bei meiner Arbeit als Leiterin dieser AG mit Künstlerinnen und Kulturvermittlerinnen aus den östlichen Stadtbezirken mache, sind so ambivalent wie die Zusammentreffen mit Künstlerinnen aus der westlichen Hälfte der Stadt. Schon länger sagen Postadressen nichts mehr über die eigentliche Herkunft etwas aus, doch im persönlichen Gespräch, z.B. in der Beratung über die Ziele und Kriterien des Künstlerinnenprogramms, erschließt sich diese sehr schnell aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Fragen.

Die gegenseitige Gesprächsbereitschaft entfaltet sich hier jedoch oft tieferegreifend, als in den öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, Versuchen, in denen Künstlerinnen aus Ost und West in Berlin „zusammengebracht“ werden sollen. Letztendlich konfrontieren sich die beiden Gruppen immer wieder und immer noch mit unterschiedlichen Kunstbegriffen und – schwieriger noch – mit unterschiedlichem Sprachgebrauch und Erwartungen an Kommunikation.

Die Menschen in der halbierten Stadt werden noch lange brauchen, bis in allen Bereichen gleichwertig miteinander und auch mit den herrschenden Machtstrukturen umgegangen werden kann. Gerade in der Kunst, als ein auf der einen Seite ideologischer und auf der anderen Seite individualisierter Komplex, die für Frauen hüben wie drüben allemal hohe Hürden aufweist, die nur mit ausgeprägtem Eigensinn und Durchsetzungskraft genommen werden können, wird die gegenseitige Verunsiche-

rung und Verletzung wohl noch länger anhalten, solange mindestens, bis alle sich über die Fremdheit untereinander im klaren sind.

Die notwendige Arbeit am Akzeptieren der Unterschiede, ja des Fremden führt dann möglicherweise aus dem latenten Provinzialismus heraus, der die deutsch-deutsche Behandlung der Fragen um Kultur, Kunst und Geschlechterverhältnisse auch unter Künstlerinnen und Kulturschaffenden in Berlin meines Erachtens prägt. Das Erkennen und Anerkennen von Andersartigkeit im geschlechtsspezifischen und ebenso im ethnischen oder kulturellen Sinn, könnte dann eine mögliche Kategorie sein, anhand derer die herrschenden Strukturen in Deutschland und in der Welt hinterfragt werden können.

Ingrid Wagner-Kantuser

Berlin im Januar 1993

Die Zeit des Klagens, der Ressentiments und der feinsinnigen oder elegischen Reflexionen (wie sie der „Freitag“ kultiviert hat), sollte vorüber sein. Schließlich wußten unsere KollegInnen, oder hätten wissen können, was auf sie zukam, als der „Westen“ gewählt war, und schließlich kommt der Kapitalismus für sie noch sanft und mit Sonderrechten, vergleicht man mit den anderen östlichen Ländern, auf die zuweilen auch noch ein Gedanke verwandt werden sollte.

Von westlicher Seite sollten wir aufhören, als die überlegenen Ratgeber aufzutreten und Vorschläge zu machen, was drüben gedacht, getan, „gerettet“ werden sollte. Die Enttäuschungen bei uns über das Ausmaß an Opportunismus (von sehr bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen), über die ständigen Beteuerungen, immer schon kritisch, dagegen etc. gewesen zu sein, auch wenn man/frau privilegiert an Universität oder Akademie arbeiten konnte und vorher nichts dergleichen äußerte, sind auch verkraftet, es war eine heilsame Ernüchterung. Jetzt sollten wir in unserem beruflichen Bereich versuchen, Vergangenheit und Zukunft produktiv, tätig zu verknüpfen. Mir scheint es wichtig und eine gute Perspektive, die wissenschaftliche Arbeit, die für mich, soweit ich über das 20. Jahrhundert arbeite, die Kunst und Kultur der DDR ohnehin mit zum Gegenstand hatte, im Austausch mit KollegInnen fortsetzen zu können, die sie aus der Innensicht kennen.

Statt schneller Wertungen ist jetzt die genaue Aufarbeitung gefragt, die nach Bedingungen, Handlungsspielräumen und historischen Möglichkeiten fragt und die Entwicklungen im Osten und Westen vergleichend sieht, eine umfassende historische Analyse also statt moralischer Urteile. Aus dem gescheiterten Versuch der „realsozialistischen“ Länder, eine Alternative zum Kapitalismus zu finden und gesellschaftlich in allen Lebensbereichen zu verankern, werden wir noch viel lernen können und müssen, falls wir nicht darauf verzichten wollen, weiterhin nach tragfähigen Alternativen zum real existierenden Kapitalismus zu suchen, sicher eine dringlichere Aufgabe als die Bewältigung der Stasi-Akten.

Ich habe den Eindruck, daß dies auch ein Interesse gerade der Frauen, Kolleginnen der ehemaligen DDR ist. Sind doch Frauen quasi ihrem Geschlecht nach auf „Alterität“, das heißt auf Alternativen, Oppositionen angelegt und angewiesen. Frauen aller Länder...

Jutta Held

Universität Osnabrück im November 1992

Für das Verständnis der gegenwärtigen Gewaltausbrüche in Deutschland benötigen wir dringend eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Volksgemeinschaftsdiskurs der NS und der darin fixierten Geschlechterdifferenz. Ohne die Aufarbeitung der divergierenden Rezeption des Nationalsozialismus in der BRD und der DDR kommen wir dabei nicht aus. Und so haben auch die Jugendlichen in Ost und West mit ihrer unterschiedlichen Erfahrung von NS-Geschichte ebenfalls divergierende Gründe, der mörderischen Faszination von Gewalt erneut zu erliegen. Aber gerade in der Herausarbeitung dieser Unterschiede könnte sich auch das beiden politischen Kulturen Gemeinsame markanter abheben. Hier wie dort steht die Identitätssuche der Jugendkultur über das verdrängte Tabu der militanten NS-Körperkultur für Männer im Vordergrund. Hier wie dort fallen die jungen Frauen nicht auf, beziehungsweise sie werden wieder kaum beachtet.

Jedoch bei aller Ähnlichkeit mit dem NS eine Wiederholung der Geschichte ist niemals mit dem Vorbild identisch. Erst wenn wir die Unterschiede zur Vergangenheit erkennen, finden wir Zugang zu den furchterregenden Vorgängen der Gegenwart und müssen jetzt vor allem anders agieren lernen als in den frühen dreißiger Jahren. Wir Frauen in Ost und West müssen, gegen einen *reagierenden* Machismus von Jung und Alt aufzutreten, lernen. Die Frauenbewegung sollte das zum Anlass nehmen, sich noch viel heftiger in die öffentliche Debatte einzumischen. Sie sollte auch gegen eine Politik der Parteiverbote und Grundgesetzänderungen Stellung nehmen. Diese Strategie der Herrschenden war schon in den 70er Jahren obsolet, und es gilt sie als eine Identitäts stabilisierende der Väter, die die Gewalt lediglich steigert, zu durchkreuzen. Es geht uns Frauen an, den Mythos der Rassereinheit, bzw. deutscher Blutzugehörigkeit (Artikel 116 des Grundgesetzes) zu entkräften und das Syndrom des Reinehmens und Sauberhaltens sowohl im eigenen Heim als auch in der Republik zu überwinden.

Kathrin Hoffmann-Curtius

Tübingen, den 14.12.1992

Wozu uns die aktuelle politische Situation provozieren sollte

Auch wenn es paradox erscheinen mag: Gerade in dieser Zeit, wo die politischen Ereignisse sich überstürzen, die alltäglich gewordenen Berichte über rassistische Gewalt in der Bundesrepublik uns zwischen Resignation, Lähmung und Aktivismus hin und her zerren, brauchen wir feministische Politik und Theorie. Gerade heute, wo die altbekannte Logik der „Haupt-“ und „Nebenfragen“ wieder einmal so zwingend scheint, ist unser Einspruch notwendig. Die gegenwärtige Situation fordert auch dazu heraus, unsere Positionen des Feminismus, unsere eigenen Blindheiten im Blick auf das „Fremde“ und das „Eigene“ zu überdenken, Eurozentrismus und Rassismus auch in unserem eigenen Feld der Kunst- und Kulturwissenschaften – und ihrer Gegenstandsbestimmungen – zum Problem zu machen.

Angesichts des Rassismus in der neuen Bundesrepublik sind mir drei Fragen wichtig, denen wir uns als Wissenschaftlerinnen der Geschichte visueller Kultur stellen müssten:

1. Geschichten der Verdrängungen des Faschismus (einhergehend mit Behauptungen des Neuanfangs) bestimmen sowohl die Geschichte der beiden deutschen Staaten nach 1945 ebenso wie die der neuen Bundesrepublik. Die wieder im Umlauf gebrachten Nazi-Symbole und -Zitate sind aufgeladen durch eine Geschichte von Verdrängung und Tabuisierung, das macht sie geeignet zur Provokation.

Diese Geschichte und ihre Erzählungen sind ebenso von Geschlechtermustern (Gender) bestimmt wie die neue rechte Bewegung und der Rassismus.

2. Der neue gewalttätig gewordene Nationalismus überkreuzt sich mit einem Kult des „Männlichen“ (und – weniger deutlich sichtbar – polar dazu gedachter „Weiblichkeit“). Zu fragen ist, inwiefern dies auch als Antwort auf eine tiefer liegende Krise zu verstehen ist. Alte symbolische Ordnungen der Geschlechterdifferenzen sind (nicht nur) durch die Frauenbewegung in Unordnung geraten. Um andererseits intervenieren zu können, müssen wir analysieren, inwiefern die neue Rechte ebenso wie die von vielen Seiten geforderte Gegenwehr von „Vater Staat“ Versuche darstellen, alte Ordnungen (wenn nötig mit Gewalt) wiederherzustellen.

3. Das Problem „Nation“, Mechanismen von Ein- und Ausgrenzung, ebenso wie Perspektiven der „Zivilgesellschaft“ sind ohne die Fragen nach den Geschlechterdifferenzen und ihrer Geschichte nicht sinnvoll zu diskutieren. Hier müssen wir uns einmischen.

Unsere Fähigkeit, Unterschiede zu machen – und eine entsprechende Politik – ist unverzichtbar für eine politische Kultur in diesem Land, in dem die großen sozialen Probleme erst ihren Anfang nehmen.

Silke Wenk

Berlin 2.1.1993

Zwangsvereinigung und west-östlicher Identifizierungswahn

Die BRD und die DDR haben in ihrer gegenseitigen Konstitution des jeweils Anderen meine Kindheitserfahrungen und meine politischen Orientierungen mitgeprägt, Familienbande ließen uns jedes Jahr mindestens einmal in den Osten reisen. Ich hatte eine gleichaltrige Freundin, deren Protesthaltung in ihrem Staat der meinigen in meinem komplementär entsprach: während ich zu Beginn meines Studiums als Nachzüglerin der 68er Generation meine Initiativen in verschiedene linke, alternative und schließlich feministische Bewegungen einbrachte, heiratete sie früh – und zwar in der Kirche – und es kostete mich einige Überwindung, diesen Akt als Akt des Protestes anzuerkennen. (Während das Private und Religiöse ihr als Refugium galt, auf das der Staat noch keinen totalen Zugriff hatte, hatte ich beides als im Sinne des Staates eingesetzte Funktionen diagnostiziert.) Sie bekam ein Kind, wurde Ingenieurin, arbeitet seit Ende ihres Studiums in – selbst nach der Wende – ungekündigter Stellung und blieb immer am gleichen Ort. Ich dagegen habe „die Welt gesehen“, habe zwangsläufig mehrfach den Ort und die jeweils befristete Stelle gewechselt: Familienplanung war dabei nicht vorgesehen.

Die gegenseitigen Dämonisierungen des jeweils anderen Staates hatten weder bei meiner Freundin noch mir große Wirkung, aber es kam auch keine von uns bei unseren endlosen Diskussionen über die politischen Systeme, ihre Vor- und Nachteile und Unterschiede je auf den Gedanken, eine von uns identifiziere sich mit dem Staat, in dem sie lebte.

Als wir eine Gruppe von West-Berliner Kunsthistorikerinnen, zwischen 1984 und 1986 die 4. Kunsthistorikerinnen-Tagung vorbereiteten, organisierten DDR-Kolleginnen mehrere Treffen mit uns in Ost-Berlin, die in privaten Räumen stattfanden. So war es möglich, im Vorfeld der Tagung, an der nicht alle DDR-Frauen würden teilnehmen können, Fragestellungen und methodische Ansätze zu diskutieren, die wir

aus den Diskussionen der vorangegangenen Tagungen und der inzwischen etwa zehnjährigen feministischen Forschung heraus entwickelt hatten. Wenn auch Ost- und Westlerinnen aus völlig anderen theoretischen Zusammenhängen, Arbeitsbedingungen und Erfahrungen heraus diskutierten, so war die Basis der Treffen jedoch die gegenseitige Anerkennung dieser unterschiedlichen Erfahrungen und vor allem das Wissen, daß die jeweilige Gruppe nicht etwa dem Mainstream der jeweiligen Gesellschaft angehörte, sondern sich in eindeutigen Widerspruch und politischem Dissens zu ihr befand. Wir konnten uns gegenseitig klarmachen, welche marginalen Status unsere Anliegen im jeweiligen Wissenschaftsbetrieb hatten. Die Hoffnung auf beiden Seiten war, sich in diesem Anliegen politisch zu unterstützen, soweit es die bereits bemerkbare Öffnung zwischen West und Ost zuließ. Der wissenschaftliche Austausch war ja zwischen den beiden deutschen Staaten auch in anderen Feldern produktiv geworden. Ich hatte sogar zeitweise den Eindruck, daß wir Westlerinnen davon eindeutig profitieren könnten als umgekehrt, weil die meisten Ostlerinnen sich in festen, zum Teil auch einflußreichen beruflichen Positionen befanden, im Gegensatz zu uns, die wir – wenn überhaupt – auf befristeten Stellen saßen. (Dafür hatten wir schon länger an unserem „Netzwerk“ gestrickt, was inzwischen vielleicht anfängt, zu greifen). Daß unsere Ost-Kolleginnen fast alle eines oder mehrere Kinder hatten, war – jedenfalls für mich – keine Überraschung. Bei unseren Treffen kam im übrigen niemand auf die Idee, sich selbst oder die anderen mit dem Staat zu identifizieren, in dem sie lebten.

Als großer Erfolg der DDR-Kolleginnen war dann die 2. (und letzte) Kunstwissenschaftlerinnen-Tagung des VBK der DDR Ende 1989 zu verbuchen, zu der einige West-Kolleginnen eingeladen waren. Die methodischen und wissenschaftspolitischen Diskussionen waren zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits überlagert von der Wende: aus dem Leipziger Ruf „wir sind das Volk“ war bereits „wir sind ein Volk“ geworden. Die berechtigte Angst vor einer Wiedervereinigung äußerte sich in einem von DDRlerinnen verfaßten Aufruf zur Zweistaatlichkeit, den die Westlerinnen mitunterschrieben – zu spät, zwei Wochen später war die Wiedervereinigung politisch nicht mehr aufzuhalten.

Was dann im Laufe der Jahre 90 bis 92 im Wissenschaftsbetrieb der ehemaligen DDR geschah, habe ich zum Teil von nah, zum Teil von fern (nach dem Wegzug von Berlin) als Spiegelung der eigenen Ohnmacht erlebt. Wenn ein universitäres System und die ihm inhärente Wissenschaftshierarchie, an deren Kritik man arbeitet, gewissermaßen dadurch als Maßstab aufgewertet wird, daß es verdoppelt und einem anderen System, das sicher ebenfalls kritikwürdig war, einfach übergestülpt wird, dann scheinen Erfolge in Teilbereichen, in denen man aktiv ist und für die man sich engagiert, geradezu lächerlich klein und zum Verschwinden gebracht. Der Verlust von festen Arbeitsplätzen im Mittelbau, der bei dieser Umgestaltung vor allem Ost-Frauen traf, fand eine Entsprechung in der Chancenlosigkeit bei Bewerbungen von West-Frauen auf neu ausgeschriebene Stellen im Osten, für deren Besetzungen nun Kommissionsvorsitzende zuständig waren, die als Leitfossilien im Westen abgehalftert, und von uns der Geschichte der Kunstgeschichte des 19. Jahrhunderts überlassen wurden, die aber gleichwohl auch hier im Westen noch die Bewerbungen von Frauen mit einem bestimmten wissenschaftlichen Interesse an der Geschlechtergeschichte zu behindern in der Lage gewesen waren.

Die jeweiligen Existenz-Nöte und der politische Druck der Zwangsvereinigung

haben offenbar den Austausch zwischen Ost- und den West-Frauen in den letzten Jahren nicht nur behindert, sondern ihm auch neue Wendungen gegeben. Von den Ost-Frauen wird der Vereinigungszwang als Verlust des bereits selbsterreichten und als „Sieg“ der Anderen wahrgenommen, an dem wir, die West-Frauen scheinbar mitprofitierten; wir West-Frauen – jedenfalls ich – haben die Spiegelungen der Ohnmacht nicht ausgehalten und vor den Schreckensnachrichten aus dem Osten zum Teil die Augen geschlossen. Es ist an der Zeit, uns wieder über unsere gemeinsamen Interessen klar zu werden, und zu einer gemeinsamen Vertretung zu finden.

Als ein Beispiel, welche Folgen für den gegenseitigen Austausch die asymmetrische Vereinigung der beiden deutschen Staaten hatte, möchte ich ein Treffen beschreiben, an dem ich kürzlich in Berlin teilnahm. Es handelte sich um ein Treffen der AG-Künstlerinnen d. 20. Jahrhunderts im Ulmer Verein, der inzwischen Kunstwissenschaftlerinnen aus West und Ost angehört. Eine Kunstwissenschaftlerin aus der ehemaligen DDR hatte uns eingeladen, eine Ausstellung zu besichtigen, die aus einem ABM-Projekt in Ost-Berlin hervorgegangen war (an dem sie selbst beteiligt war und über dessen Verlauf, mit dem sie äußerst unzufrieden war, sie bereits mehrfach berichtet hatte).

Dieses Projekt und die Ausstellung hatten den von der Arbeitsamtsverwaltung vorgegebenen Titel „Eigen Art Ost Frau“. In der Diskussion zwischen den Teilnehmerinnen des Projektes und den Mitgliedern der AG kam ein Set von gegenseitigen Vorurteilen zum Vorschein, das vor der Wende so nicht möglich gewesen wäre. Die Projektteilnehmerinnen fühlten sich stigmatisiert, die AG wurde als West-Delegation betrachtet, der von vorneherein unterstellt wurde, sie sei gekommen eine Beurteilung abzugeben auf der Basis vermuteter westlicher Maßstäbe. Den AG-Mitgliedern gelang es nicht, einen Stil zu finden, der diese Vorurteile ausgeräumt hätte. Gleichzeitig waren die AG-Frauen ja selbst stigmatisiert: als West-Frauen, d.h. alles was sie sagten, wurde auf der Folie West-Ost abgebildet, auch wenn die Diskussion ganz andere Felder betraf, z.B. die unterschiedlichen Maßstäbe von Kunstwissenschaftlerinnen und Künstlerinnen, von traditionellen und offeneren Kunstbegriffen, die Unterscheidung zwischen sogenannter provinzieller und interessanter Kunst und wie eine solche Unterscheidung mit geschlechtsspezifischen Kontexten zusammenhängt.

Ein solches Thema wie „Eigen Art Ost Frau“ wäre vor der Wende als gemeinsames ja gar nicht denkbar gewesen und ist erst als nachträglicher Effekt einer ungewollten Vereinigung zu verstehen, der im Nachhinein etwas produziert, was zuvor niemanden eingefallen wäre: nämlich die Identifizierung mit dem jeweiligen System, also mit dem Westen oder dem Osten, bzw. die Unterstellung einer solchen Identifizierung beim jeweils anderen. Und so wird nachträglich künstlich eine substantielle östliche oder westliche „Identität“ produziert, die geradezu aus den Klischees der ehemaligen dämonisierenden Propaganda besteht (Bei dem Treffen in Berlin kam es zu solchen Aussagen wie, die West-Frauen seien „koketter, oberflächlicher“, während die Ost-Frauen „eine tiefere Seele“ hätten, oder: die West-Frauen seien fortschrittlicher und die Ost-Frauen rückschrittlicher etc.) Wenn wir uns nicht darüber klar werden, welche verhängnisvollen Folgen eine solche Polarisierung fiktiver Projektionen von „wir“ und „ihr“ für uns, und zwar sowohl West- wie Ost-Frauen hat, werden wir zu keinem produktiven Austausch mehr kommen. Wenn wir darauf bestehen wollen, uns im Dissens zu einer Gesellschaft zu bewegen, deren Lebens- und Arbeits-Bedingungen für Frauen konstitutiv so sind, daß ein aktives Engagement gegen ihre „Selbst-

verständlichkeiten“ lebensnotwendig wird, dann dürfen wir uns nicht von Zwangsidentifizierungen auf den nationalistischen Leim locken lassen. Bis wir herausgefunden haben werden, wie Ost- und West-Frauen sind – oder zu sein haben –, wird es zu spät sein, im gemeinsamen Engagement anders geworden zu sein.

Dieses Plädoyer soll nicht heißen, daß nun die Differenzen der Erfahrungen, der Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht thematisiert werden sollen – im Gegenteil – es sollen alle Differenzen zur Sprache kommen können – und nicht im Zuge des Identifizierungszwangs unter den Tisch fallen.

Sigrid Schade

Kassel den 17.2.1993

Jede Stellungnahme zum derzeitigen Verhältnis zwischen einer West-Ost-Kunstgeschichtsbeziehung hat notwendigerweise etwas Gequältes an sich – so schein es mir jedenfalls. Schließlich ist die Situation in unserem Fach institutionell ebenso von den Ost-West-Kalamitäten der vergangenen vierzig Jahre geprägt wie von den Auswirkungen der „Wendewut“, die seit drei Jahren in der neu entstehenden bundesrepublikanischen Gesellschaft zu den bekannten Enttarnungen, Enttäuschungen und Enthemmungen führt. Die Luft ist eisig zwischen Ost und West, lieblos und mit Ängstlichkeit erfüllt, so empfinde ich sie, wenn ich zur Zeit im Ausland lebend, zurück nach DEUTSCHLAND komme. Auch fällt mir schwer von neuen Beziehungen zu sprechen, da die alten, einst nach Maßgabe von Gretchenfragen hier wie dort ermöglicht oder verhindert, kaum bestanden. Die wenigen Einladungen zu wissenschaftlichen Tagungen wurden zwischen Ehemaligen, BRD und DDR, nach Kriterien der Gesinnungskontrolle ausgesprochen, da machen wir uns doch heute hoffentlich nichts vor! Das ist so schnell nicht zu vergessen, da bleibt die Skepsis: hier wie dort, auch wenn man darüber nicht mehr spricht. Und allemal sind Arbeitsthemen, wissenschaftliche Methoden, Diskussionsgebaren nicht von heute auf morgen einfach über Bord zu werfen oder im Zuge eines Schnellverfahrens schlicht nur anzugleichen, was die wissenschaftliche Integrität der Forscher hüben wie drüben bei Gott verhüten möge. Mir scheint daher, zu diesem Thema schweige man ein wenig, beobachte, lerne sich näher kennen, spreche miteinander und lasse sich entwickeln, behutsam und ohne Druck, was als Beziehung unter Kunstwissenschaftlern zwischen Dresden, Weimar, Heidelberg oder Freiburg erst entstehen kann.

Ein persönliches Wort möchte ich dennoch wagen: Im Sommer 1992 war ich zu einer Tagung in der ehemaligen DDR geladen. Es war für mich beschämend dort von den ehemaligen DDR-Kolleginnen und Kollegen über die politische Nabelschau zu hören, der sie sich zu unterziehen hatten, damit sie ihre Arbeitsplätze an den neu organisierten Unis auch behalten könnten. Entsprechend peinlich war es mithin zu erleben, wie eben diese Situation bei einigen just jene Instinkte aktivierte, die schon vor der sogenannten Wende gefragt waren. Wie konnte und kann man also offener wissenschaftliche Beziehungen zwischen ost- und westdeutschen Kunsthistorikern annehmen, da nicht nur die ehemals ostdeutschen Kollegen heftig konkurrieren, vielmehr die „Westler“ mit der ganzen Kraft ihrer Westlichkeit auf die neuerlich zur Debatte gestellten Stellen drängen? Dennoch, die Neugier aufeinander war enorm, und das ließ hoffen – gleichermaßen!

Prof. Dr. Karin Wilhelm

Universität Graz im Januar 1993